

N i e d e r s c h r i f t

HFA/021/2017

**über die öffentliche Sitzung des Haupt- und
Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 09.05.2017**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	ab Top 4 (17:45 Uhr)
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Dennis Kahle	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle
-------------------	-----	---------------------------------------

Frau Birgit Marji	UWG	Vertretung für Herrn Rainer Ortel
Herr Friedrich Theismann	CDU	Vertretung für Frau Bir- gitt Overesch

Gäste:

Herr Bernhard Bergjan	Fa. agn, Ibbenbüren (zu TOP 4)
Herr Christian Scharlau	Fa. agn, Ibbenbüren (zu TOP 4)
Herr Clemens Schöpker	Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Städ- tepartnerschaften Rhei- ne e.V. (zu TOP 5)
Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	Geschäftsführer Stadt- werke Rheine
Frau Maren Weber	Fa. PWC (zu TOP 13)

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Christine Karasch	Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Volkmar Löckemann	Stellv. Fachbereichslei- ter FB 4
Frau Petra Lüttmann	Schriftführerin
Herr Tim Reuter	Stellv. Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 20 über die öffentliche Sitzung am 07.03.2017

0:00:45

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 07.03.2017 gefassten Beschlüsse

00:00:49

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

00:01:15

Herr Krümpel informiert, dass in den vergangenen Wochen in der Presse mehrfach über eine Aufstockung der Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz berichtet worden sei. Zum aktuellen Sachstand teilt Herr Krümpel folgendes mit:

- Das bisherige Volumen von 3,5 Mrd. Euro werde um den gleichen Betrag aufgestockt. Es ständen somit insgesamt 7 Mrd. Euro zur Verfügung. Der Bund habe dazu am 16.02.2017 einen Nachtragshaushalt für 2016 beschlossen.
- Die neuen Mittel sollen in die Schulinfrastruktur investiert werden. Hierfür müsse noch das Grundgesetz geändert werden.
- Es werde erwartet, dass wiederum rd. 32 % der Fördermittel, also über eine Mrd. €, an NRW fließen.
- Ab wann die zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen, sei offen. Da der Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene noch andauert, gäbe es innerhalb des Landes NRW auch noch keine offiziellen Überlegungen zu der Frage, nach welchem Schlüssel der auf NRW entfallende Anteil auf die Kommunen und somit auch auf Rheine verteilt werden sollen.
- Sobald neue Informationen zum KInvFG vorlägen, werde eine entsprechende Information an den Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

3.2. Querspange

00:02:09

Herr Reiske fragt an, ob es schon erste Ansätze zu den Infrastrukturmaßnahmen in Richtung Straßenbau, ganz konkret zur Querspange gäbe.

Lt. Auskunft von Herrn Krümpel seien die Planungskosten im Haushaltsplan enthalten.

Frau Karasch informiert, dass es wieder Bundesmittel im Straßenbau (Stichwort Entflechtungsgesetz) geben werde. Einen genauen Zeitpunkt gäbe es hierfür noch nicht.

**4. Bäderbedarfskonzept für Rheine
Vorstellung der Machbarkeitsstudien von Fa. agn, Ibbenbüren
Vorlage: 157/17**

00:03:09

Herrn Bertjan und Herr Scharlau von der Beratungsfirma agn stellen anhand der als Anlage 1 zur Beratungsvorlage beigefügte Präsentation die Ergebnisse vor.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass die Vorlage als Grundlage für die interfraktionellen Beratungen dienen solle. Eine Beschlussfassung sei in der Ratssitzung am 23. Mai 2017 vorgesehen.

Im weiteren Verlauf wurden mehrere Verständnisfragen durch Herrn Scharlau, Herrn Bergjan und Herrn Dr. Schulte-de Groot beantwortet.

Herr Reiske fragt an, ob schon zu diesem Zeitpunkt Aussagen zum Energiekonzept gemacht werden können bzw. ob hieran auch gedacht werden würde.

Herr Bergjan antwortet, dass dies ein wesentlicher Faktor sei, der sich nach dem Standort und dem Zusammenspiel der Beteiligten richte. Er merkt jedoch an, dass es ein zu früher Zeitpunkt sei. Erste Vorüberlegungen gebe es, wie das Thema Stadtwerke, Abwärme-Kupplung und das Thema Solarenergie zusammenspielen könnten.

Dieses sei jedoch schrittweise in den nächsten Tagen zu beleuchten. Ein höherer Energiestandard sei in den Kosten eingepreist.

Lünen und Bamberg, die Forschungsprojekte darstellen, seien nur aufgrund der hohen Förderungen zu diesen Kosten ansatzweise realisierbar.

Herr Reiske merkt an, dass frühzeitig die Schwimmvereine mit eingebunden werden müssten. Herr Dr. Lüttmann informiert hierzu, dass die Schwimmvereine von Anfang an beteiligt wurden und auch am weiteren Prozess beteiligt werden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zu den Machbarkeitsstudien für die Rheiner Hallenbäder zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Bericht über die Aktivitäten des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaften der Stadt Rheine
Vorlage: 155/17**

00:50:58

Herr Clemens Schöpker stellt die Arbeit des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaften der Stadt Rheine anhand der als Anlage 1 dieser Niederschrift beige-fügten Präsentation vor.

Zum Schluss der Präsentation lädt Herr Schöpker alle Anwesenden ein, sich zum Wohl der Stadt Rheine durch Interesse, durch Unterstützung, durch das Eintreten für Europa und das Eintreten für die Überwindung nationaler Engstirnigkeiten einzubringen.

Herr Dr. Lüttmann bedankt sich bei Herrn Schöpker für den interessanten Bericht und stellt nochmals heraus, dass das Thema „Städtepartnerschaften“ bei der Stadt Rheine nicht nur auf dem Papier stünde, sondern auch gelebt werde.

Die Fraktionsvorsitzenden der CDU, B90/Die Grünen und der SPD bedanken sich bei Herrn Schöpker für die vielen Aktivitäten des Städtepartnerschaftsvereins und weisen insbesondere auf die wichtige Bedeutung des Vereins hin.

Herr Reiske weist ferner auf einen Antrag der CDU und B90/Die Grünen zur Aufwertung der Beschilderung für die Städtepartnerschaften an den Ortseinfahrten hin.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über die Arbeit des Vereins zur Förderung der Städtepartnerschaft Rheine e.V. zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Änderung des Stellenplans - Einstellung drei neuer Mitarbeiter/-innen für die Feuer- und Rettungswache der Stadt Rheine
Vorlage: 153/17**

01:18:55

Beschluss:

Der Haupt- u. Finanzausschuss stimmt dem Bedarf von 3 zusätzlichen Beamtenstellen der Laufbahngruppe 1, 2. Eingangsamt (A 07) für den Stellenplan im Bereich der Feuer- und Rettungswache zum Stellenplan 2018 zu, die einer Refinanzierung durch den Kreis Steinfurt unterliegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Migrations- Integrationskonzept der Stadt Rheine, 2. Fortschreibung
Vorlage: 152/17**

01:19:53

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und informiert, dass auf die Vorstellung einer Präsentation des Konzeptes verzichtet wurde, da bereits im vorgeschalteten Sozialausschuss sehr umfangreich informiert worden sei.

Er verweist auf den vorliegenden Entwurf der 2. Fortschreibung. Im Konzept sei sehr detailliert auf Ziele, Maßnahmen und Erreichungsgrade eingegangen worden.

Herr Gausmann teilt mit, dass ein Evaluations- und Kennzahlen-Setting noch nicht vorläge. Dieses werde noch entwickelt und den politischen Gremien zur Verfügung gestellt.

Herr Gausmann weist ferner darauf hin, dass sich die Fachstelle Migration und Integration an dem Bürgerpicknick am 3. Oktober 2017 beteiligen werde. Um deutlich zu machen, dass auch die zugewanderten Bürger/-innen der letzten 60 Jahre Teil dieser Bürgergesellschaft und auch Teil der Bürger/-innen der Stadt Rheine seien.

Abschließend bedankt sich Herr Gausmann bei den politischen Vertretern in den verschiedenen Arbeitsgruppen, bei den ehrenamtlichen Mitarbeiter/-innen in den vielen Institutionen und bei den Mitarbeiter/-innen aus der Fachstelle Migration und Integration.

Durch mehrere Wortbeiträge wird die Arbeit zu dem Migrations- und Integrationskonzept positiv gewürdigt.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die der Vorlage als Anlage beigefügte 2. Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes der Stadt Rheine zu beschließen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass für die Umsetzung der im Migrations- und Integrationskonzept beschriebenen Strukturen, Ziele und Maßnahmen personelle und finanzielle Ressourcen erforderlich sind, über die die zuständigen Gremien des Rates gesondert beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Auflösung des "Beirates der Berufskollegs Rheine" und Änderung des "Öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Auflösung des Vertragsverhältnisses über die Trägerschaft der Berufskollegs in Rheine"
Vorlage: 135/17**

01:32:12

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beirat des Berufskollegs Rheine wird aufgelöst.
2. Der öffentlich-rechtliche Vertrag zur Auflösung des Vertragsverhältnisses über die Trägerschaft der Berufskollegs in Rheine vom 30.09.2010 wird in dem Umfang entsprechend geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Grundstückspreise und Grundstücksvergabekriterien für die städt. Baugrundstücke im Baugebiet Mesum Nord Teil III Vorlage: 150/17

01:33:10

Herr Brauer weist darauf hin, dass es im letzten Satz des Beschlussvorschlages nicht „erwerbsmäßig“, sondern „gewerbsmäßig“ lauten müsse.

Herr Dr. Lüttmann ruft den dahingehend geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

1. Die **Verkaufspreise** für den Grund und Boden der städtischen Wohnbaugrundstücke (siehe Lageplan, Anlage) im Baugebiet Mesum Nord Teil III werden auf Grundlage des Grundstücksmarktberichtes 2016 folgendermaßen festgesetzt:

13 Grundstücke für eine Einfamilien- und Doppelhausbebauung
(rot markiert) 120,00 €/m²

Hinzu kommen jeweils noch der zu zahlende Erschließungsbeitrag für die Erschließungsanlagen und der einmalige Kanalanschlussbeitrag.

Die Grundstücke sind innerhalb von 3 Jahren nach Rechtsgültigkeit des Kaufvertrages gem. den planungstechnischen und erschließungstechnischen Vorgaben bezugsfertig zu bebauen. Diese Bauverpflichtung ist grundbuchlich abzusichern.

Alle Kosten, die aus dem Abschluss und der Durchführung der Kaufverträge entstehen einschließlich der Grunderwerbsteuer zahlen die jeweiligen Käufer.

Verstoßen Erwerber gegen die Vergabekriterien oder erreichen sie den Erwerb eines Grundstückes durch falsche Angaben, hat die Stadt Rheine das Recht, die kosten- und lastenfreie Rückübertragung zu verlangen, soweit es noch unbebaut ist, oder bei einem bereits bebauten Grundstück einen Betrag in Höhe von 10% des ursprünglich an die Stadt Rheine gezahlten Grundstückskaufpreises nachzufordern. Auch diese Rechte sind grundbuchlich abzusichern.

2. Die **Vergabekriterien** werden wie folgt festgelegt:

Sollten sich mehrere Interessenten auf ein städtisches Grundstück bewerben, wird eine Vergabe nach folgenden Kriterien vorgenommen.

- a) Kind/Kinder (von ungeborenen bis zum vollendeten 17. Lebensjahr im familiären Haushalt lebend)
 - 1. und 2. Kind je 8 Punkte
 - jedes weitere Kind je 10 Punkte
- b) jung verheiratete oder rechtlich gleichgestellte Paare (unter 8 Jahre verheiratet o. rechtlich gleichgestellt) 5 Punkte
- c) Mindestens 1 Bewohner mit Schwerbehinderung > 80% 10 Punkte
- d) Energieeffizienz
 - Bau eines KfW-Effizienzhauses 55 2 Punkte
 - Bau eines KfW-Effizienzhauses 40 4 Punkte
 - Bau eines KfW-Effizienzhauses 40 Plus oder Passivhauses 6 Punkte
 - (KfW = Kreditanstalt für Wiederaufbau)
- e) Vorhandenes Grundvermögen in Form von Immobilien minus 10 Punkte

Sollten mehrere Interessenten die gleiche Punktzahl erreichen, gibt es einen Losentscheid.

Von der Vergabe der städtischen Einzel- und Doppelhausgrundstücke sind solche Bewerber ausgeschlossen, die Grundstücke gewerbsmäßig für den Vertrieb von Kaufeigenheimen erwerben oder die darauf erstellten Wohnungen/Häuser vermieten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

01:34:30

Herr Dr. Lüttmann berichtet über folgende Eingaben:

A. Kreuzung Staufen-/Römerstraße / Lingener Damm

Der Stadtteilbeirat Schotthock weist auf die verschiedenen Verkehrssproblematiken im Bereich der Staufen-/Römerstraße / Lingener Damm hin und bezieht sich auf die vielschichtigen Probleme, die im gemeinsamen Ortstermin mit Vertretern der Stadtverwaltung deutlich geworden sind. Der Stadtteilbeirat beantragt eine konkrete Machbarkeitsprüfung zur Errichtung eines Kreisverkehrs an o. g. Stelle.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages an den Bauausschuss; nächste Sitzung am 29. Juni 2017

B. Verkehrsschwachstellen Schotthock

Der Stadtteilbeirat Schotthock hat eine Auflistung von Verkehrsschwachstellen im Schotthock erstellt und bittet um Bearbeitung, Prüfung und Umsetzung der in der Liste vorgeschlagenen Lösungen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages an den Arbeitskreis Verkehr

C. Instandsetzung der Fassade des Alten Rathauses

Der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp bittet um eine sofortige Instandsetzung und Sanierung der Fassade des Alten Rathauses und erklärt, dass das aktuelle Erscheinungsbild der Fassade nicht einem attraktiven historischen Stadtbild, das für die Aufenthaltsqualität der Rheiner Innenstadt von Bedeutung sei, entspreche.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages an den Bauausschuss; nächste Sitzung am 29. Juni 2017

D. „Grün in der Innenstadt“

Der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp beantragt im Rahmen der Umsetzung des Rahmenplans Innenstadt für mehr Grün in der Innenstadt zu sorgen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages an den Bauausschuss; nächste Sitzung am 29. Juni 2017

E. Nichtbebauung des Bernburgplatzes

Der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp hat sich dafür ausgesprochen, dass der Bernburgplatz in Rheine seine Funktion als Grünfläche behält.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung des Antrages an den Bauausschuss; nächste Sitzung am 29. Juni 2017

Den Verfahrensvorschlägen des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

11. Einwohnerfragestunde

01:37:48

Es folgen keine Wortmeldungen.

12. Anfragen und Anregungen

12.1. Umweltschutz - Vermeidung von Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr Antrag der CDU-Fraktion

01:37:00

Herr Dr. Lüttmann stellt folgenden Antrag der Fraktionen von CDU und der Bündnis 90 / Die Grünen vor:

Ziel: Umweltschutz

Projekt: Vermeidung von Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lüttmann,

die Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen beauftragen die Verwaltung,

mit geeigneten Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr bei Verkaufsständen an den Wochenmärkten, Jahrmärkten und allen anderen Märkten oder Festen im Stadtgebiet vollständig vermieden werden und diese durch Mehrweggeschirr oder sich selbst zersetzende Einweg-Materialien ersetzt werden.

Es wird angeregt, die Klimaschutzstelle mit dieser Aufgabe zu betrauen und von dort Unterstützungen und Anregungen an Veranstalter und Anbieter von Lebensmitteln auf Wochenmärkten, Jahrmärkten und allen anderen Märkten oder Festen im Stadtgebiet zu geben, wie Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr vermieden werden können.

Begründung:

In allen Weltmeeren haben Kunststoffabfälle in nicht mehr hinnehmbaren Mengen zugenommen und stellen eine Gefahr für Mensch und Tier da. Insbesondere Kleinstpartikel aus Kunststoff haben bereits die Nahrungskette der Menschen erreicht. Diesem Trend sollten auch wir mit unseren möglichen Mitteln entgegen wirken.

Es soll daher geprüft werden, welche Möglichkeiten und Anreize es für Veranstalter und Anbieter von Lebensmitteln bei Wochenmärkten, Jahrmärkten und allen anderen Märkten oder Festen im Stadtgebiet gibt, auf Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr vollständig zu verzichten.

Der plastiktütenfreie Kreis ist ein sinnvoller Anfang in die richtige Richtung und auch die Ausstellung über die von Plastik vermüllten Meere in unserem Naturzoo weisen in die richtige Richtung.

Wir wollen als Stadt Zeichen setzen und weiterhin unser Bestreben in Sachen Nachhaltigkeit und Umweltschutz festigen.

Da die Klimaschutzstelle bereits mit den Aktionen zum plastiktütenfreien Kreis betraut ist, regen wir an, auch die hier beantragten Maßnahmen der Klimaschutzstelle zu übertragen.

Bei der Prüfung nach Möglichkeiten und Anreize auf Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr auf Wochenmärkten, Jahrmärkten und allen anderen Märkten oder Festen im Stadtgebiet zu verzichten, soll auch eine Entlastung bei den jeweils anfallenden Gebühren mitgeprüft werden, wenn auf die Ausgabe von Kunststoffverpackungen und Kunststoffgeschirr verzichtet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Andree Hachmann
Fraktionsvorsitzender

Michael Reiske
Fraktionssprecher

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an den Fachbereich 3 mit Unterstützung der Leitstelle „Klimaschutz“ zu verweisen.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

12.2. Eintragungslisten zum Volksbegehren "G9 jetzt!" in der Außenstelle Mesum

01:38:00

Herr Wilp fragt, warum bislang keine Eintragungslisten für das Volksbegehren „Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung, G9 jetzt!“ in der Außenstelle Mesum ausliegen würden. Er habe gehört, dass dieses möglich sei, aber veröffentlicht sei dieses bislang nicht. Da die Möglichkeit noch bis zum 7. Juni 2017 bestehe, sei es sinnvoll auch in der Außenstelle Mesum Eintragungslisten auszulegen.

Herr Dr. Lüttmann teilt daraufhin mit, dass dieses beabsichtigt sei und noch öffentlich gemacht werde.

12.3. Straßenschäden im Altenrheiner Brook

01:38:55

Herr Gude sei von einem Bürger gefragt worden, ob die Schäden an den Wirtschaftswegen im Altenrheiner Brook, die im Zusammenhang mit dem Bau der Windkraftanlagen stehen, bekannt seien und falls ja, wie diese beseitigt werden.

Herr Krümpel informiert, dass es im Vorfeld ein Beweissicherungsverfahren gegeben habe. Die Sanierungsarbeiten, die durch die Errichtung des Windparks erforderlich werden, werden anschließend beseitigt. Verantwortlich seien die Gesellschafter der Bürgerwind Altenrheine GmbH & Co. KG.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:43 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Petra Lüttmann
Schriftführerin